Steuerpolitik im Dienste der Umverteilung: Eine makroökonomische Ergänzung

ACHIM TRUGER

Achim Truger, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, E-Mail: Achim.Truger@hwr-berlin.de

Zusammenfassung: Die auch in Deutschland trendmäßig gestiegene Einkommens- und Vermögensungleichheit führt zunehmend zu Forderungen nach steuerpolitischer Korrektur durch höhere Steuern für Wohlhabende und Vermögende. Solche Forderungen begegnen jedoch häufig dem Einwand, die höhere steuerliche Belastung sei unweigerlich mit Wachstums- und Beschäftigungseinbußen verbunden. Tatsächlich geht die Finanzwissenschaft üblicherweise von einem mehr oder weniger starken Zielkonflikt zwischen Allokation und Distribution aus. Dabei werden allerdings wichtige makroökonomische Überlegungen ausgeblendet. Eine makroökonomische Betrachtung kann je nach verwendetem theoretischen Ansatz zu der ganz anderen Schlussfolgerung einer kurz- oder sogar langfristigen Zielharmonie zwischen Umverteilung sowie Wachstum und Beschäftigung führen: Sofern die Ökonomie nachfrageseitigen Beschränkungen unterliegt und der private Konsum durch höhere Ungleichheit negativ beeinträchtigt wird, kann eine Verringerung der Ungleichheit über eine Ausweitung des privaten Konsums Wachstum und Beschäftigung stärken. Ein Wechsel hin zu einer solchen Umverteilungspolitik ist wahrscheinlich auch die Voraussetzung für die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse, ohne dabei die internationalen makroökonomischen Ungleichgewichte zu verstärken, die von vielen Ökonomen mittlerweile als eine wesentliche Ursache für die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 ausgemacht werden.

Summary: The trend of increasing inequality in the distribution of income and wealth in most developed countries, including Germany, has led to calls for corrective tax increases for the rich and wealthy. Such calls are often confronted with the claim that corrective taxation will unavoidably lead to lower output and employment. In fact, within the field of public economics usually a more or less strong trade-off between (re-)distribution and efficiency is assumed. A macroeconomic perspective, however, may change the picture. Depending on the theoretical approach chosen, redistribution may be conducive to output and employment both in the short and in the long run. If the economy is constrained by insufficient demand and if inequality is detrimental to private consumption, redistributive taxation may strengthen growth and employment via the resulting increase in private consumption. At the same time a change towards such a policy of redistribution may well be the prerequisite for compliance with the constitutional debt brake if an increase of the international macroeconomic imbalances that have come to be seen as a root cause of the global financial and economic crisis 2008/2009 by many observers is to be avoided.

→ JEL Classification: E62, H23, E21
→ Keywords: Macroeconomic effects of taxation, redistribution and macroeconomic performance, macroeconomic imbalances

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

1 Problemstellung: Die wachstums- und beschäftigungspolitische Angst vor der verteilungspolitischen Courage

Die Verteilungsgerechtigkeit wird auch in Deutschland wieder zu einem wichtigen politischen Thema. Zwar ist die Disparität in der Einkommensverteilung in Deutschland noch weit von US-amerikanischen Verhältnissen (Piketty und Saez 2003 und 2006) entfernt. Jedoch hat sie im letzten Jahrzehnt sprunghaft zugenommen (OECD 2008). Da im obersten Einkommensbereich besonders starke Zuwächse zu verzeichnen waren (Bach et al. 2009) und diese offenbar wesentlich durch steuerpolitische Entlastungen in der jüngeren Vergangenheit (Haan und Steiner 2004, Truger 2004 und 2009) hervorgerufen wurden (Bach et al. 2012, Biewen und Juhasz 2012), liegt die Forderung nach steuerpolitischen Korrekturen nahe, insbesondere nach einer höheren Besteuerung von sehr Wohlhabenden. Dabei geht es erstens um eine – bei unveränderten Verteilungspräferenzen – gerechtfertigte Korrektur der gewachsenen Schieflage der Einkommensverteilung in Deutschland. Zweitens kann es darüber hinaus gerechtfertigt sein, Wohlhabende und Vermögende, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise stark von den staatlichen Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors profitiert haben, an den Kosten dieser Maßnahmen zu beteiligen. Drittens kann es über diese traditionell verteilungs- und gerechtigkeitsorientierten Gründe hinaus noch um weit mehr gehen: Eine starke Ungleichverteilung kann mit negativen sozialen und politischen Externalitäten verbunden sein (siehe dazu den Beitrag von Bach im vorliegenden Heft). Sollten sich darüber hinaus Wilkinson und Picketts (2010) neuere Forschungsergebnisse bestätigen, dann wäre eine Vielzahl schwerwiegender sozialer und individueller Probleme (zum Beispiel Kriminalität, Übergewicht, psychische Erkrankungen) positiv mit dem Grad der ökonomischen Ungleichheit korreliert. Die Bekämpfung der ökonomischen Ungleichheit würde damit sogar zum Schlüssel für die umfassende Verbesserung der Lebensqualität in einer Gesellschaft.

Allerdings steht den Argumenten für eine steuerpolitische Korrektur der Einkommensverteilung der klassische optimalsteuerliche Zielkonflikt zwischen Allokation und Distribution entgegen (vergleiche dazu Corneo 2005 sowie die Beiträge von Tony Atkinson und Stefan Bach in diesem Band). Eine höhere Umverteilung ist aus dieser Sicht tendenziell mit geringeren Leistungsanreizen, „Allokationsverzerrungen“ und gegebenenfalls Nachteilen im internationalen Steuerwettbewerb verbunden. Dies führt zu Wohlfahrtsverlusten und auch zu weniger Wachstum und Beschäftigung. Zwar lassen sich viele Gründe anführen, warum der Zielkonflikt nicht gravierend ausfallen muss. In vielen mikroökonomischen realwirtschaftlichen Modellen, die vielen finanzwissenschaftlichen Analysen zugrunde liegen und die steuerpolitische Wahrnehmung bis heute dominieren, ist jede Steuererhöhung jedoch zunächst automatisch dem Verdacht der Wachstums- und Beschäftigungsfeindlichkeit ausgesetzt und damit politisch leicht zu diskreditieren.

Der vorliegende Beitrag ergänzt aus diesem Grund die dominierende mikroökonomische finanzwissenschaftliche Sichtweise um eine makroökonomische Perspektive. Es wird gezeigt, dass eine makroökonomische Betrachtung je nach verwendetem theoretischen Ansatz zu der ganz anderen Schlussfolgerung einer kurz- oder sogar langfristigen Zielharmonie zwischen Umverteilung sowie Wachstum und Beschäftigung führen kann. Sofern die Ökonomie nachfrageseitigen Beschränkungen unterliegt und der private Konsum durch höhere Ungleichheit negativ beeinträchtigt wird, kann eine Verringerung der Ungleichheit über eine Ausweitung des privaten Konsums Wachstum und Beschäftigung erhöhen. In der Tat bedarf es einer erheblichen Verringerung der Überschüsse des privaten Sektors in Deutschland, wenn die Schuldenbremse in Zukunft dauerhaft eingehalten werden soll, ohne dadurch gleichzeitig die Leistungsbilanzungleichgewichte zu verstärken, die von vielen Studien mittlerweile als eine wesentliche Ursache für die

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 ausgemacht werden. Die makroökonomische Perspektive ist daher systematisch dazu geeignet, die unter Gerechtigkeitsaspekten diskutierte steuerpolitische Umverteilung auch aus wachstums- und beschäftigungspolitischer Sicht argumentativ zu unterstützen.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert. Abschnitt 2 geht kurz auf die Verdrängung makroökonomischer Betrachtungen aus der Finanzwissenschaft ein. Abschnitt 3 erläutert, wie und unter welchen Bedingungen bezüglich der Bestimmungsgründe des privaten Konsums eine keynesianische makroökonomische Sichtweise zu dem Ergebnis einer Zielharmonie zwischen Verteilungsgerechtigkeit auf der einen und Wachstum und Beschäftigung auf der anderen Seite führt. In Abschnitt 4 wird diskutiert, innerhalb welcher makroökonomischen Ansätze die keynesianische Sichtweise unter welchen Bedingungen Gültigkeit beanspruchen kann. Abschnitt 5 zeigt einen konkreten Anwendungsfall auf und beleuchtet den Zusammenhang zwischen zunehmender Ungleichheit, (sektoralen) makroökonomischen Ungleichgewichten, der zukünftigen Einhaltung der Schuldenbremse und der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Abschnitt 6 schließlich zieht ein knappes Fazit.

2 Die Verdrängung der makroökonomischen Sichtweise und der Zielkonflikt zwischen Wachstum/Beschäftigung und Verteilung

Makroökonomische Betrachtungen waren über Jahrzehnte ein traditioneller Bestandteil finanzwissenschaftlicher Analysen. In Musgraves (1959) berühmter Zieltrias stand das makroökonomische Stabilisierungsziel gleichberechtigt neben dem Allokations- und dem Distributionsziel. In den steuerpolitischen Standardwerken von Neumark (1970) und Haller (1981) wurden stabilisierungspolitische, makroökonomische Aspekte der Besteuerung ganz selbstverständlich aufgegriffen und diskutiert. Mit zunehmender Dominanz der so genannten Neuen Finanzwissenschaft seit spätestens Anfang der 1990er Jahre wurde das stabilisierungspolitische Ziel jedoch mehr und mehr verdrängt. Richter und Wiegard (1993) als führende deutsche Vertreter der damals noch neueren Richtung schlossen die Stabilisierungspolitik explizit aus dem Gegenstandsbereich ihrer Disziplin aus und verwiesen sie stattdessen in das Gebiet der so genannten Neuen Makroökonomik. Die Neue Finanzwissenschaft konzentrierte sich fortan ganz auf entscheidungstheoretisch fundierte mikroökonomische Gleichgewichtsanalysen bezüglich Allokation und Distribution, wobei ersteres Ziel laut Richter und Wiegard (1993) aufgrund seiner relativ leichteren Formulierbarkeit dominierte, während das Verteilungsziel eine etwas untergeordnete Rolle spielte.[1]

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass steuerpolitische Konzepte in der Finanzwissenschaft seither primär mikroökonomisch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf zentrale Entscheidungen privater Haushalte (vor allem Arbeitsangebot, Ersparnis, Konsum) und Unternehmen (Investitionen) untersucht werden. Im Rahmen der steuer- und wirtschaftspolitischen Beratung werden die Ergebnisse häufig ohne weiteres auf die gesamtwirtschaftliche Ebene übertragen. Aus dieser Perspektive aber rücken zwangsläufig die durch (progressive) Steuern

1 Eine ausführliche kritische Analyse der Neuen Finanzwissenschaft – vor allem der geforderten entscheidungstheoretischen Fundierung – findet sich in Truger (1998).

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

bewirkten allokativen Verzerrungen der Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte und mithin der Zielkonflikt zwischen Allokation und Distribution in den Vordergrund. Zwar zeigen neuere empirische Studien, dass die ausgelösten negativen Anreizeffekte der Besteuerung längerfristig in vielen Fällen nur gering ausfallen, weshalb man ohne größere Zielkonflikte auf eine umverteilende Steuerpolitik und einen starken Sozialstaat setzen könne (vergleiche dazu die Beiträge von Tony Atkinson und Stefan Bach in diesem Band sowie Atkinson und Mogensen 1993, Truger 1999, Atkinson 2001, Corneo 2005). Da wachstums- und beschäftigungspolitisch unschädliche Umverteilungspolitik im Rahmen des verwendeten theoretischen Ansatzes jedoch immer den Spezialfall darstellt, während im Allgemeinen von einem Zielkonflikt ausgegangen werden muss, bleibt steuerliche Umverteilungspolitik im mikroökonomischen Ansatz konzeptionell in der Defensive.

3 Eine makroökonomische Sichtweise und die (potenzielle) Zielharmonie zwischen Wachstum/Beschäftigung und Verteilung

Der in der Neuen Finanzwissenschaft vorausgesetzte Zielkonflikt ist jedoch keineswegs zwangsläufig, wenn man sich auf das alte stabilisierungspolitische Ziel der Finanzwissenschaft und seine ursprüngliche Begründung – die wichtige Rolle der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage – zurückbesinnt. Laut Keynes (1936, 1937), Snowdon und Vane (2005), Davidson (2012) sowie Felderer und Homburg (2005) besteht die effektive Nachfrage aus der privaten Konsumnachfrage und der Investitionsnachfrage. Keynes betonte in seinen Ausführungen besonders die Bedeutung der Investitionsnachfrage, weil er deren starke Volatilität in Kombination mit dem Multiplikatorprozess für die wichtigste Ursache von Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität hielt (Keynes 1937). Die Investitionsnachfrage hängt von den schwankenden subjektiven Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich der Profitabilität von realwirtschaftlichen Investitionen und dem monetären Zins ab, der wiederum von der ebenfalls schwankenden Liquiditätspräferenz der Wirtschaftssubjekte beeinflusst wird. Eine zentrale Rolle spielen in dieser Argumentation der private Konsum und vor allem die Tatsache, dass er als einkommensabhängig angenommen wird. Keynes geht davon aus, dass der private Konsum positiv vom gesamtwirtschaftlichen verfügbaren Einkommen abhängt, wobei die marginale Konsumneigung angibt, wie groß der Teil einer Einkommenserhöhung ist, der in zusätzlichen Konsum fließt, und damit automatisch auch, wie groß der residuale Teil ist, der in die Ersparnis fließt. Kommt es aufgrund eines Anstiegs der Investitionstätigkeit zu einem Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Einkommens, dann führt dies gemäß der marginalen Konsumneigung zu einem zusätzlichen Anstieg des privaten Konsums, der wiederum zu einem zusätzlichen Einkommensanstieg führt etc. Der ausgelöste Multiplikatorprozess wird umso stärker ausfallen, je höher die marginale Konsumneigung und je geringer spiegelbildlich die marginale Sparneigung ist.

Unter Zugrundelegung dieser theoretischen Zusammenhänge lässt sich offensichtlich ein negativer Zusammenhang zwischen dem Grad der Ungleichheit in der Einkommensverteilung und dem privaten Konsum herstellen. Da die durchschnittliche Konsumquote auf Haushaltsebene mit steigendem verfügbaren Einkommen tendenziell abnimmt (Meinhardt et al. 2009), sollte eine Umverteilung von Haushalten mit niedrigerem Einkommen hin zu Haushalten mit höherem Einkommen im Aggregat zu einer niedrigeren Konsumquote beziehungsweise einer höheren Sparquote führen. In diesem Fall hätte die zunehmende Ungleichheit in der Vergangenheit zu einer Schwächung des privaten Konsums geführt. Umgekehrt würde eine (steuerpolitische)

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Korrektur der Disparität in der Einkommensverteilung zu einer Stärkung des privaten Konsums und damit ceteris paribus einer Zunahme von Wachstum und Beschäftigung führen. Wenn der Nachfrageanstieg sich zudem positiv auf die Absatz- und damit Profitabilitätserwartungen der Unternehmen auswirkt, ist mit einer Zunahme der Investitionen und einer zusätzlichen Verstärkung der positiven Wachstumsdynamik zu rechnen.

Allerdings sind die diesem Ergebnis zugrundeliegenden Hypothesen zum privaten Konsumverhalten durchaus nicht unumstritten (vergleiche hierzu und im Folgenden van Treeck und Sturn 2012). Es wird die Gültigkeit der keynesianischen Konsumfunktion vorausgesetzt, nach der der private Konsum vom laufenden verfügbaren Realeinkommen abhängt. Zudem wird unterstellt, dass die Konsum- beziehungsweise Sparneigung in den unterschiedlichen Einkommensklassen bei einer Änderung der Einkommensverteilung unverändert bleibt. Andere Konsumhypothesen könnten allerdings durchaus zu anderen Ergebnissen führen. Würde man Milton Friedmans (1957) Permanenteinkommenshypothese folgen, käme es wesentlich darauf an, ob der Anstieg der Ungleichheit permanent oder nur vorübergehend ist. Nur im letzteren Fall würden die privaten Haushalte bei Risikoaversion ihre marginale Konsumneigung senken. Im ersteren Fall dagegen würden sie insgesamt ihr Konsumverhalten unverändert lassen. Bei Gültigkeit von Duesenberrys (1949) relativer Einkommenshypothese würden die von einer relativen Einkommensminderung betroffenen privaten Haushalte ihre marginale Konsumneigung erhöhen, um gegenüber höheren Einkommensklassen im Konsum nicht zurückzufallen. Die aufgrund der keynesianischen Konsumhypothese zu erwartende Schwächung der privaten Konsumnachfrage würde mindestens abgemildert, gänzlich vermieden oder im Extremfall sogar überkompensiert.

Tatsächlich gibt es vor allem für die USA einige Evidenz für die Gültigkeit der relativen Einkommenshypothese (Frank 2005, Frank et al. 2010). Insgesamt scheint die Reaktion des privaten Konsums auf eine Zunahme der Einkommensungleichheit von länderspezifischen Faktoren, vor allem dem Zugang der unteren und mittleren Einkommensschichten zu Krediten, abzuhängen (van Treeck und Sturn 2012). In den USA ging die extreme Zunahme der Ungleichheit daher längere Zeit mit einer kräftigen kreditfinanzierten Entwicklung des privaten Konsums und einer starken Verschuldung der privaten Haushalte einher. Dann platzte allerdings die dadurch ausgelöste Immobilien- und Finanzmarktblase. In Ländern mit weniger zugänglichen Kreditmärkten, in denen die relativ zurückfallenden Haushalte kreditrationiert waren, scheint dagegen auch kurzfristig eher die keynesianische Konsumhypothese wirksam gewesen zu sein. Die These eines negativen Einflusses der Zunahme der Einkommensungleichheit auf den privaten Konsum wurde konkret für Deutschland von verschiedenen Autoren aufgestellt (Deutsche Bundesbank 2005, ARGE 2006, Klär et al. 2006, Meinhardt et al. 2009). Daher könnte man von einer (steuerpolitischen) Verminderung der Einkommensungleichheit in Deutschland also tatsächlich eine Erhöhung der privaten Konsumausgaben erwarten – der Zielkonflikt der Neuen Finanzwissenschaft verwandelt sich bei makroökonomischer Betrachtung in eine Zielharmonie.[2] Dies dürfte insbesondere für den Fall der in diesem Heft im Mittelpunkt stehenden „Reichenbesteuerung" gelten: Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Stärkung der Kapitaleinkommensbesteuerung sollten vor allem Haushalte im sehr hohen und höchsten Einkommensbereich mit entsprechend hohen Sparquoten betreffen.

2 Die Frage Zielkonflikt oder Zielharmonie zwischen Verteilungsgerechtigkeit und Wachstum und Beschäftigung wird im vorliegenden Beitrag rein bezüglich der Auswirkungen der Besteuerung auf realwirtschaftliche Größen, insbesondere den privaten Konsum und die Investitionstätigkeit, betrachtet. Eine unabhängig davon zu diskutierende Frage ist jene nach den Ausweichreaktionen der Besteuerten durch Steuergestaltung.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

In den vorstehenden Ausführungen wurde implizit eine aufkommensneutrale Umschichtung der Steuerlast weg von den unteren und mittleren Einkommen hin zu den hohen Einkommen angenommen. Die relativ höhere marginale Konsumneigung der unteren und mittleren Einkommensklassen lässt dann unter den thematisierten Bedingungen einen Anstieg des privaten Konsums und damit auch von Wachstum und Beschäftigung erwarten. Alternativ könnte das bei den Wohlhabenden erzielte zusätzliche Steueraufkommen auch zur Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben eingesetzt werden. Da der Multiplikator zusätzlicher staatlicher Investitionen, aber auch des Staatskonsums, üblicherweise höher eingeschätzt wird als der von einnahmenseitigen Maßnahmen oder Sozialtransfers (vergleiche Bouthevillain et al. 2009, Gechert und Will 2012), fiele der expansive Effekt gegenüber der reinen steuerlichen Umverteilung höchstwahrscheinlich sogar spürbar stärker aus.

4 Zur Frage der makroökonomischen Relevanz von Änderungen der aggregierten Nachfrage

Die im vorstehenden Abschnitt thematisierte potenzielle Zielharmonie von Umverteilung und Wachstum sowie Beschäftigung basiert auf steuer- und/oder finanzpolitisch herbeigeführten Erhöhungen der aggregierten Nachfrage. Es stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen sich eine solche Nachfrageerhöhung auch tatsächlich in eine höhere gesamtwirtschaftliche Aktivität transformiert. Offenkundig hängt die Antwort auf diese Frage sehr stark vom zugrunde gelegten makroökonomischen Paradigma ab (vergleiche überblicksweise Snowdon und Vane 2005, Heine und Herr 2012 sowie Felderer und Homburg 2005).

In der mikroökonomischen Neuen Finanzwissenschaft stellt sich die Frage erst gar nicht, da die Ökonomie letztlich als reine Naturaltauschwirtschaft modelliert ist, in der das Saysche Gesetz zwangsläufig gilt und die aggregierte Nachfrage sowie Geld- und Finanzmärkte überhaupt nicht als relevante Kategorien auftauchen (vergleiche Hein 2008: 30 ff.). In der Neoklassik verhält es sich ganz ähnlich; ein höherer privater Konsum würde sich allenfalls als Resultat einer erhöhten Gegenwartspräferenz der Haushalte ergeben und nur die Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu Gunsten des Konsums und zu Lasten der Investitionen verändern.[3] Auch eine steuerfinanzierte Erhöhung der Staatsausgaben bliebe ohne Auswirkungen auf das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion und würde allenfalls deren Zusammensetzung ändern (Felderer und Homburg 2005).

Etwas anders sieht dies in den gegenwärtig die Literatur dominierenden Ansätzen der New Consensus Macroeconomics (NCM) aus (Clarida et al. 1999, Woodford 2003, Carlin und Soskice 2006, 2009, kritisch Arestis 2011). Diese kombinieren eine negativ vom Realzinssatz abhängige gesamtwirtschaftliche Nachfrage (IS-Kurve) und eine aufgrund von Nominallohnstarrheiten (etwa aufgrund der Dauer von Tarifverträgen) kurzfristig fallende Phillips-Kurve mit einer Zentralbankreaktionsfunktion. Langfristig ist die Phillips-Kurve vertikal bei der sogenannten NAIRU (*non accelerating inflation rate of unemployment*) und dem zugehörigen Beschäftigungs- und Output-Gleichgewicht. Die NAIRU ergibt sich als Gleichgewicht zwischen den positiv von der

3 Langfristig, sobald die verminderten Investitionen kapazitätswirksam werden, würde allerdings die zukünftige Produktion aufgrund des geringeren Kapitalstocks sinken.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Beschäftigungslage abhängenden Reallohnforderungen der Arbeitnehmer und den bei Mark-up-Preissetzung der Produzenten für diese tragbaren Reallöhnen auf einem unvollkommenen Arbeitsmarkt. Sie hängt in diesem Ansatz vom Grad der Unvollkommenheit auf dem Gütermarkt und den institutionellen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes ab. Eine geringere Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt führt über einen höheren *mark-up* zu einer höheren NAIRU, ebenso wie „Arbeitsmarktrigiditäten" wie die Arbeitsschutzgesetzgebung, die Stärke der Gewerkschaften, Höhe und Dauer der Zahlung von Arbeitslosenunterstützung sowie der Steuerkeil, das heißt die steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit. Liegt die tatsächliche Arbeitslosenquote über (unter) der NAIRU, ergibt sich ein akzelerierender Disinflations-(Inflations-)Prozess; ohne eine stabilisierende Instanz findet die Ökonomie nicht zum Gleichgewicht.

Im Modell übernimmt die Zentralbank die zentrale Rolle der stabilisierenden Instanz, indem sie den Realzinssatz und damit die gemäß der IS-Kurve zinsabhängige Nachfrage so steuert, dass gemäß ihrer Inflations- und Outputpräferenzen eine gegebene Zielinflationsrate zu minimalen Anpassungskosten erreicht wird. Innerhalb dieses Modellrahmens sind positive Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (Rechtsverschiebungen der IS-Kurve), also auch solche durch eine Veränderung der Einkommensverteilung oder eine steuerfinanzierte Ausweitung der Staatsausgaben immer dann effektiv, wenn die Volkswirtschaft unterhalb des durch die NAIRU vorgegebenen Aktivitäts- und Beschäftigungsniveaus liegt. Da die Zentralbank durch ihre Zinspolitik die Nachfrage jedoch ohnehin wieder so adjustieren wird, dass die NAIRU erreicht wird, wirkt die positive Nachfrageänderung lediglich unterstützend und kann die Anpassung zum Gleichgewicht höchstens beschleunigen. Positive Nachfrageänderungen, die die Volkswirtschaft über das gleichgewichtige Produktions- und Beschäftigungsniveau hinaus treiben, wirken im NCM-Grundmodell jedoch destabilisierend, und werden von der Zentralbank mittels Zinserhöhungen bekämpft.

Die nur sehr begrenzte Wirkung von Nachfrageänderungen im NCM-Ansatz hängt jedoch von den sehr restriktiven und zum Teil unrealistischen Modellannahmen ab. Modifiziert man diese, so nimmt der Spielraum für nachfrageseitige Einflüsse stark zu. Die erste Art der Modifikation setzt an den Annahmen bezüglich der NAIRU und dem zugrundeliegenden kurzfristigen Zielkonflikt zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit an (Hein 2002, Lavoie 2009). Das unterstellte Lohnverhandlungsverhalten der Arbeitnehmer und/oder ihrer Gewerkschaften geht davon aus, dass jede positive oder negative Abweichung von der NAIRU mechanistisch sofort zu geringeren beziehungsweise höheren Reallohnforderungen führen wird, die dann ohne Zentralbankintervention zu kumulativen Disinflations- beziehungsweise Inflationsprozessen führen. Betreiben die Tarifparteien dagegen eine makroökonomisch bewusste Lohnpolitik, die sich zum Beispiel an der Produktivitätsentwicklung und der Zielinflationsrate der Zentralbank orientiert, dann wird die NAIRU von einem Punkt zu einem ganzen Bereich von Arbeitslosenquoten, die mit einer stabilen Inflationsrate vereinbar sind.

Liegt Hysteresis vor, etwa aufgrund von Disqualifikationsprozessen bei Langzeitarbeitslosen, dann resultiert ein Anstieg der tatsächlichen Arbeitslosenquote automatisch auch in einem teilweisen Anstieg der NAIRU und umgekehrt. Beide Modifikationen führen zu der Empfehlung einer weniger restriktiven Geldpolitik, was wiederum mehr Spielraum für die Entfaltung der positiven Nachfrageeffekte einer umverteilenden Steuer- und Finanzpolitik lässt. Die zweite Art von Modifikationen betrifft Zweifel bezüglich der Steuerungsfähigkeit der Ökonomie durch die Zinspolitik der Zentralbank. Erstens kann die Zentralbank in einer Währungsunion nicht für die nationale beziehungsweise regionale Inflations- und Nachfragesteuerung einzelner Wirtschafts-

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

räume zuständig sein (Alsopp und Vines 2005). Zweitens können die Wirkungen der Zinspolitik der Zentralbank asymmetrisch sein. Während die Zentralbank grundsätzlich jeden Aufschwung durch entsprechende Zinserhöhungen abbrechen kann, ist nicht gewährleistet, dass sie einen Abschwung auch tatsächlich wirksam bekämpfen kann: Der monetäre Transmissionsmechanismus kann gestört sein, wenn die Banken Zinssenkungen aufgrund gestiegener Risikoprämien nicht weitergeben oder wenn sich aufgrund pessimistischer Einschätzungen der Banken die für kreditwürdig gehaltene Kreditnachfrage stark reduziert. Zudem kann die Investitionsnachfrage aufgrund pessimistischer Erwartungen der Investoren einbrechen. Befindet sich der Leitzinssatz schon bei (nahe) null und gleitet die Ökonomie zusätzlich in die Deflation, hat die Zinspolitik der Zentralbank ihre Steuerungsfähigkeit komplett verloren. Im Rahmen des NCM-Ansatzes ist das dramatisch, weil die Ökonomie dann ihre zentrale Stabilisierungsinstanz verliert und sich in kumulativen Inflations- oder Disinflationsprozessen immer weiter vom Gleichgewicht entfernt. In einer solchen Situation ist die Volkswirtschaft auf steuer- und finanzpolitische Maßnahmen zur direkten Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage angewiesen.

Mit den vorstehend beschriebenen Modifikationen nähert sich das NCM-Modell schrittweise postkeynesianischen makroökonomischen Ansätzen an, die ganz in der skizzierten Tradition von Keynes (1936 und 1937) kurz- wie langfristig der aggregierten Nachfrage eine wichtige Rolle für Wachstum und Beschäftigung zuweisen (vergleiche Hein 2008, Lavoie 2009, Fontana und Setterfield 2009, Hein und Stockhammer 2011). In diesen Ansätzen, die durch die erhebliche Erschütterung der Standard-NCM-Modelle und ihrer restriktiven Annahmen durch die Große Rezession sicherlich erheblich an Überzeugungskraft gewonnen haben, führt eine Stärkung der Umverteilung über Steuern also tendenziell auch zu einer Stärkung von Wachstum und Beschäftigung.

5 Sektorale Salden, internationale makroökonomische Ungleichgewichte und Schuldenbremse

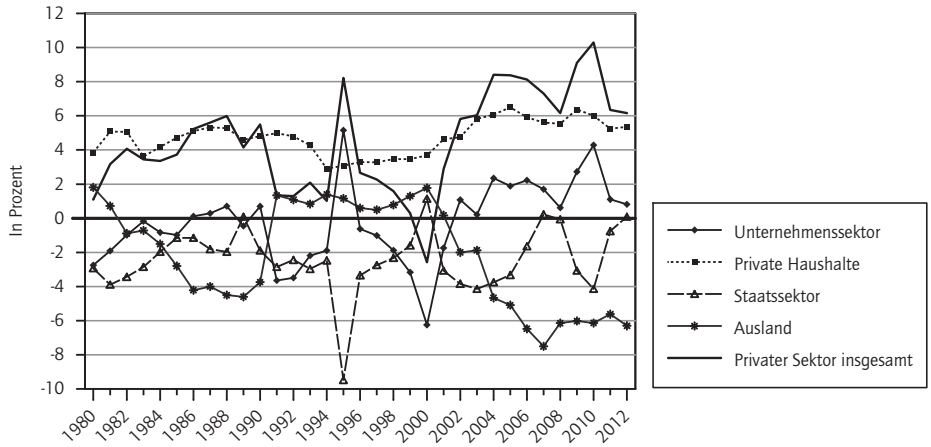
Unter den vorstehend erläuterten Bedingungen kann die makroökonomische Vorteilhaftigkeit – angesichts der Restriktionen durch die Schuldenbremse wahrscheinlich sogar Notwendigkeit – einer progressiveren Besteuerung in Deutschland anhand der Entwicklung der Finanzierungssalden der gesamtwirtschaftlichen Sektoren verdeutlicht werden (Abbildung 1). Die Summe dieser Salden des privaten Sektors (als Summe des Saldos der privaten Haushalte und der Unternehmen), des öffentlichen Sektors und des Auslandes muss – von statistischen Diskrepanzen abgesehen – definitorisch immer null sein, da es sich um einen geschlossenen volkswirtschaftlichen Kreislauf handelt. Die Salden weisen im Zeitablauf von 1980 bis 2012 zunächst die üblichen konjunkturellen Schwankungen auf. Der Saldo, der sich von allen am gleichmäßigsten entwickelt hat, ist der in der öffentlichen Debatte zumeist im Mittelpunkt stehende Budgetsaldo des Staates. Von den Ausnahmejahren 1995 und 2000 abgesehen (Übernahme der Altschulden des Fonds Deutsche Einheit in den Staatssektor beziehungsweise UMTS-Versteigerungserlöse) bewegt sich der staatliche Budgetsaldo zwischen null und minus vier Prozent des BIP und schwankt recht gleichmäßig um ein Defizit von zwei Prozent des BIP.

Eine spektakuläre Entwicklung hat dagegen der Saldo des privaten Sektors durchlaufen. Nach einer Phase vorübergehend ungewöhnlich niedriger Überschüsse von etwa einem Prozent des BIP im Gefolge der Deutschen Einheit stieg er mit der wirtschaftlichen Schwächephase Anfang des

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Abbildung 1

Sektorale Finanzierungssalden in Relation zum nominalen BIP in Deutschland



Quellen: Ameco-Datenbank der EU-Kommission, Herbst 2012, eigene Berechnungen.

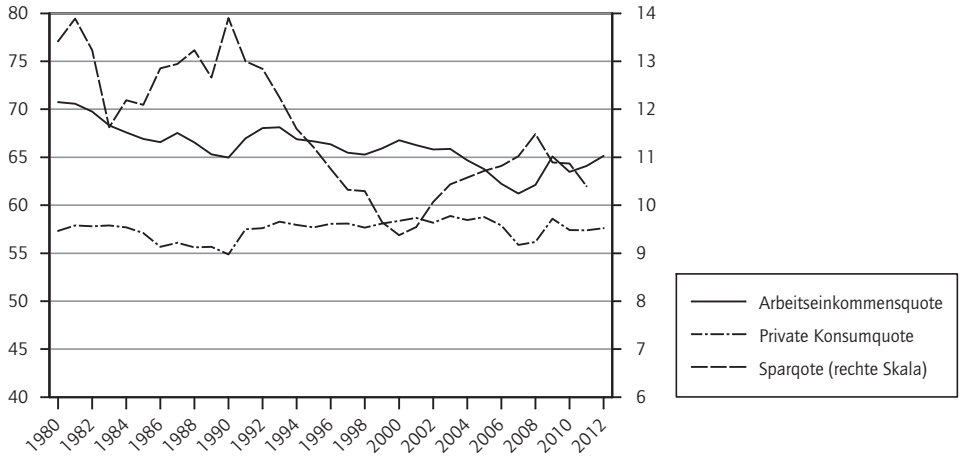
neuen Jahrtausends sprunghaft an und schwankt seither bei Werten um acht Prozent des BIP. Verantwortlich dafür ist sowohl ein Anstieg des Überschusses der privaten Haushalte von zuvor knapp vier Prozent auf gut sechs Prozent des BIP als auch die Umwandlung des traditionell defizitären Unternehmenssektors in einen Sektor mit einem Überschuss von gut zwei Prozent des BIP. Der Anstieg des positiven Saldos der privaten Haushalte seit Beginn des neuen Jahrtausends lässt sich, wie in Abschnitt 3 erläutert, plausibel mit der seit dieser Zeit beschleunigten Zunahme der Disparität in der personellen Einkommensverteilung (Bach et al. 2009, OECD 2008, Grabka et al. 2012) und dem dadurch bedingten Anstieg der Sparquote (Abbildung 2) begründen. Als weitere Faktoren für diesen Anstieg und mithin den steigenden Überschuss der privaten Haushalte müssen die steigende Unsicherheit, verursacht durch eine Politik der „strukturellen Reformen" und der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt (Agenda 2010 und Hartz-Gesetze), und die Subventionierung der kapitalbasierten Riester- und Rürup-Renten genannt werden. Teil dieser Entwicklung war eine massive Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung zu Lasten von (niedrigen) Arbeitseinkommen und zugunsten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, wie er in dem massiven Fall der Arbeitseinkommensquote zum Ausdruck kommt (Abbildung 2). All dies wirkte sich wie zu erwarten negativ auf die private Konsumnachfrage aus: Der private Konsum in Relation zum BIP brach gegenüber der Situation zu Anfang des Jahrtausends um etwa drei Prozentpunkte ein und hat sein altes Niveau seither noch nicht wieder erreicht. Noch deutlicher kommt die Konsumschwäche in der Entwicklung der Wachstumsbeiträge zum Ausdruck (Abbildung 3). Von 2001 bis zum Jahr 2009 hat der private Konsum nur noch marginal positive Beiträge zum Wachstum des BIP geleistet.

In seinen Ursachen schwerer zu interpretieren ist die erstaunliche Wandlung des Unternehmenssektors vom traditionellen Defizitsektor zum persistenten Überschusssektor im selben Zeitraum. Offenbar haben die Unternehmen die durch die sinkende Arbeitseinkommensquote

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Abbildung 2

Arbeitseinkommensquote[1], private Konsumquote[2] und Nettosparquote der privaten Haushalte[3] in Deutschland



[1] In Prozent des BIP zu Faktorkosten.
[2] in Prozent des BIP.
[3] In Prozent des verfügbaren Einkommens.
Quelle: AMECO Datenbank der EU-Kommission, Herbst 2012.

implizierten steigenden Gewinne zu einem beträchtlichen Anteil nicht an die Haushalte ausgeschüttet, was wiederum Konsum schwächend gewirkt haben dürfte. Vor allem aber ging der Anstieg der einbehaltenen Gewinne – anders als etwa aus neoklassischer Sicht zu vermuten – mit einer klaren Schwäche der Realinvestitionen einher, die parallel zum Einbruch des privaten Konsums ebenfalls kaum noch positive Wachstumsbeiträge erzielten (Abbildung 3).[4]

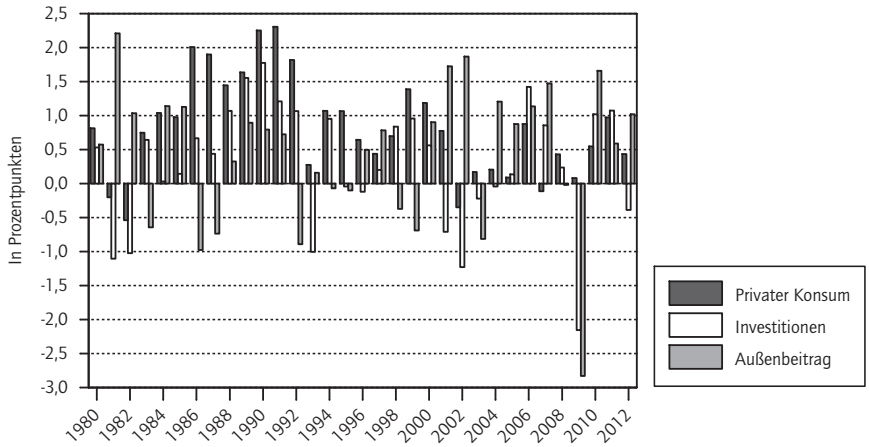
Die schwache Binnennachfrage und damit auch Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre und vor allem nach der Rezession 2000/2001 bis 2006/2007 wurde durch eine dysfunktionale makroökonomische Politik verschärft (Hein und Truger 2005, 2007, 2009). Die Arbeitsmarktderegulierung und der Druck auf die Gewerkschaften führten zu sehr moderaten Lohnsteigerungen, trugen damit zu einer unter dem Euroraum-Durchschnitt liegenden Inflationsrate bei und führten so zu überdurchschnittlich hohen Realzinsen. Dies machte Deutschland besonders empfindlich für die restriktive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Versuche der Fiskalpolitik, das Budget über Ausgabenkürzungen in Zeiten schwacher privater Nachfrage auszugleichen, führten zu einer weiteren Schwächung der Binnennachfrage, ohne dabei allerdings das ursprüngliche Konsolidierungsziel zu erreichen (Truger 2004, 2009). Damit blieb der hohe und ständig steigende Exportüberschuss die einzige Triebkraft des schwachen Wachstums (Abbildung 3). Der Leistungsbilanzüberschuss (= Defizit des Auslandssektors) erreichte nach der Rezession 2000/2001 schnell Werte von mehr

4 Diese Entwicklung kann im Kontext der sogenannten „Finanzialisierung", also einer zunehmenden Bedeutung der Finanzmärkte in der und für die Realwirtschaft, gesehen werden. Studien über die Auswirkungen von Finanzialisierung und Shareholder-Value-Orientierung auf die funktionale Einkommensverteilung haben Epstein und Power (2003), Epstein und Jayadev (2005), Dumenil und Levy (2005) und Dünhaupt (2010) vorgelegt. Zu den Effekten der steigenden Aktionärsmacht auf die Realinvestitionen vergleiche Crotty (1990) und Stockhammer (2005-6).

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Abbildung 3

Wachstumsbeiträge ausgewählter Verwendungsaggregate zum realen BIP-Wachstum in Deutschland



Quelle: Ameco-Datenbank der EU-Kommission, Herbst 2012.

als vier Prozent des BIP; auf dem Höhepunkt im Jahr 2007 betrug er 7,5 Prozent des BIP. Die Gründe für die steigenden Export- und Leistungsbilanzüberschüsse waren einerseits die starke Lohnzurückhaltung, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen deutlich verbesserte, und andererseits die geringe Binnennachfrage, welche die Importe im Vergleich zu den Exporten dämpfte. Saldenmechanisch wurden die riesigen Überschüsse des Privatsektors angesichts einer fehlenden Verschuldungsbereitschaft seitens des Staatssektors binnenwirtschaftlich nicht absorbiert und führten zu entsprechend gravierenden Defiziten des Auslandes gegenüber Deutschland von gegenwärtig immer noch mehr als sechs Prozent des BIP.

Gerade die Leistungsbilanzungleichgewichte – hohe Defizite wie Überschüsse – sind nach dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als Krisenursache oder zumindest -beschleuniger schnell in den Fokus der Kritik geraten.[5] Dabei kann Deutschland als wichtiger Repräsentant der Hauptüberschussländer (mit China, Japan und den ölproduzierenden Ländern) betrachtet werden, während die USA weit vor Großbritannien und Spanien als das Haupt-Defizitland gelten können. Genau spiegelbildlich zur deutschen Entwicklung wurden in den USA unter der Oberfläche einer anscheinend robusten und dynamischen Entwicklung seit den frühen 1980er Jahren bedeutende Ungleichgewichte erzeugt, die wesentlich für die Tiefe der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und die Geschwindigkeit ihrer Ausbreitung waren. Trotz schwacher privater Investitionen nach dem Kollaps des New-economy-Booms 2000/2001

5 Die Argumentation im vorliegenden Abschnitt basiert auf Hein und Truger (2011). Siehe hierzu vertieft die Monographie von Hein (2012) sowie van Treeck und Sturn (2012). Zu den globalen Ungleichgewichten und der ungleichmäßigen Einkommensverteilung als Ursachen für die Große Rezession vergleiche auch Bibow (2008), Horn et al. (2009), Fitoussi und Stiglitz (2009), Sapir (2009), UNCTAD (2009) und Wade (2009). Van Treeck, Hein und Dünhaupt (2007) hatten bereits vor der Krise die Effekte der „Finanzialisierung" auf Verteilung, aggregierte Nachfrage, globale Ungleichgewichte und das daraus resultierende Instabilitätspotenzial analysiert.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

wurde der Saldo des privaten Sektors negativ, was auf einen verschuldungsbasierten Konsumboom zurückzuführen ist. Der Saldo des Staates wurde – auch aufgrund bewusst antizyklischer Fiskalpolitik – negativ. Folglich musste der Saldo des Auslands positiv sein. Hohe und steigende Leistungsbilanzdefizite bedeuteten steigende Kapitalimporte, welche den US-Konsumboom und die staatlichen Defizite finanzierten. Eine solche Konstellation ist äußerst fragil, weil sie sich binnenwirtschaftlich auf ständig steigende Vermögenspreise verlassen muss, um mittels steigender Verschuldung der privaten Haushalte den Anstieg der Konsumnachfrage unter den Bedingungen einer geringen Lohnquote und hoher Ungleichheit der Haushaltseinkommen zu erlauben. Außenwirtschaftlich muss eine einschneidende Abwertung des US-Dollars verhindert werden, die eigentlich erforderlich gewesen wäre, um die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der US-Produzenten und somit die Leistungsbilanz zu verbessern. Nur so sind stetige Kapitalimporte gewährleistet, ohne die heimischen Zinsen deutlich erhöhen zu müssen, was wiederum die Gefahr des Kollapses der heimischen Nachfrage nach sich gezogen hätte.

Wenn eine solche Konstellation schließlich zusammenbricht, sind nicht nur die USA und die anderen Defizitländer betroffen, sondern auch die übrige Welt. Vor allem die Überschussländer müssen dann zweifach leiden. Erstens werden die mit den Leistungsbilanzüberschüssen verbundenen Kapitalexporte in den hoch spekulativen US-Markt durch die Finanzkrise entwertet, weshalb die Finanzkrise die Überschussländer schnell ansteckt. Zweitens brechen ihre Exportmärkte ein, wodurch sie auch schnell von der realen Krise betroffen werden. Während das dynamische vom Konsum getriebene Modell der USA auf den Willen und die Möglichkeit der privaten Haushalte, sich zu verschulden, sowie des Auslandes, Kredite zu vergeben, angewiesen war, beruhte das stagnierende exportgetriebene Modell Deutschlands auf dem Willen und der Möglichkeit des Auslandes sich zu verschulden. Im Gegensatz zur öffentlichen Meinung in Deutschland war dieses deutsche Modell damit ebenso fragil wie das amerikanische: Einerseits hingen schon die lediglich mäßigen Wachstumsraten von dynamischen Exportmärkten und somit der Expansion der Weltwirtschaft ab. Andererseits brachten steigende Kapitalexporte in dynamischere Volkswirtschaften die Gefahr der Ansteckung im Fall von Finanzkrisen auf diesen Märkten mit sich. Während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise wurden die beiden Abhängigkeiten und die mit ihnen verbundenen Übertragungskanäle der Krise dann auf dramatische Weise sichtbar.

Aus diesen Gründen stellt die gegenwärtige sektorale Saldenstruktur der deutschen Volkswirtschaft (Abbildung 1) höchstwahrscheinlich keine nachhaltige Konstellation dar, und es muss nach wirtschaftspolitischen Möglichkeiten gesucht werden, die persistent hohen Leistungsbilanzüberschüsse abzubauen.[6] Hierzu gibt es saldenmechanisch nur zwei grundlegende Möglichkeiten: Erstens könnte bei gleichbleibend hohem Überschuss des privaten Sektors ein größerer Teil davon durch ein höheres staatliches Budgetdefizit absorbiert werden. Dieser Ausweg ist aufgrund der im deutschen Grundgesetz verankerten Schuldenbremse jedoch verschlossen. Die Schuldenbremse verschärft das Problem sogar noch, da sie das durchschnittliche Budgetdefizit des Staates über den Konjunkturzyklus hinweg auf nur 0,35 Prozent des BIP beschränkt – was immerhin knapp zwei Prozentpunkte weniger ist als im Durchschnitt der letzten drei Jahrzehnte. Damit bleibt nur die Möglichkeit einer spürbaren Verringerung des Überschusses des privaten Sektors, sei es beim Teilsaldo der privaten Haushalte oder der Unternehmen.

6 Die Hoffnung, dass sich aufgrund von automatischen Anpassungsprozessen alles von selbst bei einem nachhaltigen Gleichgewicht einpendelt, ist aus keynesianischer Sicht durchaus gering (Sawyer 2011) und hat sich durch die von den Harmonietheoretikern der NCM-Makroökonomik unvorhergesehene globale Finanz- und Wirtschaftskrise bereits als trügerisch erwiesen.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Ohne ein explizites makroökonomisches Modell sind die genauen Konsequenzen einer Politik, die auf die Korrektur der sektoralen Salden abzielt, nicht präzise zu bestimmen.[7] In der Tendenz sollte eine Politik der progressiven steuerlichen Umverteilung über die in Abschnitt 3 beschriebenen Mechanismen jedoch auch zur Korrektur der sektoralen Salden geeignet sein. Schon eine aufkommensneutrale Steuerreform, die hohe Einkommen und Vermögen sowie Unternehmensgewinne stärker besteuert und das erzielte Aufkommen zur Senkung der Steuerbelastung unterer und mittlerer Einkommen einsetzt, müsste über die zu erwartende Senkung der Sparquote die Überschüsse des privaten Sektors reduzieren. Wenn die mit der Umverteilung verbundene Stärkung des privaten Konsums über höhere Nachfrage- und Gewinnerwartungen der Unternehmen auch zu einer Stärkung der realen Investitionsnachfrage der Unternehmen führt, würde dies zudem den Überschuss des Unternehmenssektors reduzieren. Die Stärkung der Binnennachfrage würde zum Teil zu einer Verbesserung des staatlichen Budgetsaldos, aber auch zu einer Verringerung der Leistungsbilanzüberschüsse führen. Wird zumindest ein Teil des durch die progressiven Steuerreformen gewonnenen Aufkommens nicht aufkommensneutral zur Senkung anderer Steuern und Abgaben verwandt, sondern direkt für öffentliche Investitionen, Käufe von Gütern und Dienstleistungen sowie Transfers, so ist aufgrund der höheren ausgabenseitigen Multiplikatoren mit einer stärkeren binnenwirtschaftlichen Dynamik zu rechnen, die zu einer entsprechend stärkeren Korrektur auch der Salden führen sollte.

6 Fazit

Der vorliegende Aufsatz hat argumentiert, dass die häufig anzutreffende wachstums- und beschäftigungspolitische Angst vor der verteilungspolitischen Courage aus einer kritischen makroökonomischen Sicht durchaus nicht begründet ist. Ganz im Gegenteil sind die Aussichten für eine Zielharmonie zwischen Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit sowie Wachstum und Beschäftigung unter bestimmten Bedingungen günstig. Wenn durch schrittweise steuer- und finanzpolitische Reformen gleichzeitig eine Stärkung der Staatsfinanzen und damit ein Ende der Politik der Entstaatlichung (Bofinger 2007) erreicht werden, stehen die Chancen für eine spürbare umfassende Verbesserung der Lebensqualität in der Gesellschaft gut. Die Chance für einen Politikwechsel sollte genutzt werden.

Literaturverzeichnis

— Allsopp, C. und D. Vines (2005): The Macroeconomic Role of Fiscal Policy. *Oxford review of economic policy*, 21 (4), 485–508.
— Arestis, P. (2011): Keynesian economics and the New Consensus in macroeconomics. In: E. Hein und E. Stockhammer (Hrsg.) (2011): *A Modern Guide to Keynesian Macroeconomics and Economic Policies*. Cheltenham, Edward Elgar, 88–111.
— ARGE (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute) (2005): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005. *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 40.

7 Allerdings wird die Rolle der Umverteilung bei der Entstehung internationaler makroökonomischer Ungleichgewichte mittlerweile selbst in erweiterten NCM-Modellen analysiert (vergleiche etwa Kumhof et al. 2012).

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

— Atkinson, A. B. (2001): *The Economic Consequences of Rolling Back the Welfare State*. 2. Aufl. Cambridge, MA, MIT Press.
— Atkinson, A. B. und G. V. Mogensen (Hrsg.) (1993): *Welfare and Work Incentives: A North European Perspective*. Oxford, Clarendon Press.
— Bach, S., G. Corneo und V. Steiner (2009), From bottom to top: The entire income distribution in Germany, 1992–2003. *Review of Income and Wealth*, 55, 331–359.
— Bach, S., Corneo, G. und V. Steiner (2012): *Effective Taxation of Top Incomes in Germany. German Economic Review*, 14 (2), 115–137.
— Bibow, J. (2008): The international monetary (non-) order and the 'global capital flows paradox'. In: E. Hein, T. Niechoj, P. Spahn und A. Truger (Hrsg.): *Finance-led Capitalism? Macroeconomic Effects of Changes in the Financial Sector*. Marburg, Metropolis, 219–248.
— Biewen, M. und A. Juhasz (2012): Understanding Rising Inequality in Germany, 1999/2000–2005/06. *Review of Income and Wealth*, 58, 622–647.
— Bofinger, P. (2008): Das Jahrzehnt der Entstaatlichung. *WSI Mitteilungen*, 61 (7), 351–357.
— Bouthevillain. C. et al. (2009): Pros and cons of various fiscal measures to stimulate the economy. Banco de Espana. Economic Bulletin. July 2009.
— Carlin, W. und D. Soskice (2006): *Macroeconomics. Imperfections, Institutions & Policies*. Oxford, Oxford University Press.
— Carlin, W. und D. Soskice (2009): Teaching intermediate macroeconomics using the 3-equation model. In: G. Fontana und M. Setterfield (Hrsg.): *Macroeconomic Theory and Macroeconomic Pedagogy*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 13–35.
— Clarida, R., J. Gali und M. Gertler (1999): The Science of Monetary Policy: A New Keynesian Perspective. *Journal of Economic Literature*, 37 (4), 1661–1707.
— Corneo, G. (2005): Steuern die Steuern Unternehmensentscheidungen? In: A. Truger (Hrsg.): *Können wir uns Steuergerechtigkeit nicht mehr leisten?* Marburg, 15–38.
— Crotty, J. (1990): Owner-management conflict and financial theories of investment instability: a critical assessment of Keynes, Tobin, and Minsky. *Journal of Post Keynesian Economics*, 12, 519–542.
— Davidson, P. (2012): *Post Keynesian Macroeconomic Theory*. 2. Aufl. Cheltenham, Edward Elgar.
— Deutsche Bundesbank (2005): Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2004. Monatsbericht Nr. 3.
— Duesenberry, J. S. (1949): *Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior*. Harvard, Harvard University Press.
— Dumenil, G. und D. Levy (2005): Costs and benefits of neoliberalism: a class analysis. In: G. A. Epstein (Hrsg.): *Financialization and the World Economy*. Cheltenham, Edward Elgar, 17–45.
— Dünhaupt, P. (2010): *Financialisation and the rentier income share – evidence from the USA and Germany*. IMK Working Papers, 2/2010. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
— Epstein, G. A. (Hrsg.) (2005): *Financialization and the World Economy*. Cheltenham, Edward Elgar.
— Epstein, G. A. und A. Jayadev (2005): The rise of rentier incomes in OECD countries: financialization, central bank policy and labor solidarity. In: G. A. Epstein (Hrsg.): *Financialization and the World Economy*. Cheltenham, Edward Elgar.
— Epstein, G. A. und D. Power (2003): *Rentier incomes and financial crises: an empirical examination of trends and cycles in some OECD countries*. Working Paper Series No. 57. Political Economy Research Institute, University of Massachusetts, Amherst.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

— Felderer, B. und S. Homburg (2005): *Makroökonomik und neue Makroökonomik*. 9. Aufl. Berlin u. a.
— Fitoussi, J.-P. und J. Stiglitz (2009): The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World. OFCE Document de travail, No. 2009-17, OFCE, Paris.
— Fontana, G. und M. Setterfield (2009): A simple (and teachable) macroeconomic model with endogenous money. In: G. Fontana und M. Setterfield (Hrsg.) (2009): *Macroeconomics and Macroeconomic Pedagogy*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 144–168.
— Frank, R. H. (2005): Positional externalities cause large and preventable welfare losses. *American Economic Association Papers and Proceedings*, 95 (2), 137–141.
— Frank, R. H., A. S. Levine und O. Dijk (2010): Expenditure cascades, social science research network. http://ssrn.com/abstract=1690612.
— Friedman, M. (1957): *A Theory of the Consumption Function*. Princeton.
— Gechert, S. und H. Will (2012): *Fiscal Multipliers: A Meta Regression Analysis*. IMK Working Paper No. 97. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
— Grabka, M., J. Goebel und J. Schupp (2012), Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? *DIW Wochenbericht* Nr. 43.2012.
— Haan, P. und V. Steiner (2004): Distributional and Fiscal Effects of the German Tax Reform 2000. A Behavioural Microsimulation Analysis. DIW-Discussion Paper No. 419, Berlin.
— Haller, H. (1981): *Die Steuern: Grundlinien eines rationalen Systems öffentlicher Abgaben*. 3. Aufl. Tübingen.
— Hein, E. (2002): Monetary policy and wage bargaining in the EMU: restrictive ECB policies, high unemployment, nominal wage restraint and inflation above the target. *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review*, 55, 299–37.
— Hein, E. (2008): Money, *Distribution Conflict and Capital Accumulation. Contributions to 'Monetary Analysis'*. Basingstoke, Palgrave Macmillan.
— Hein, E. (2012): *The Macroeconomics of Finance-dominated Capitalism – and its Crisis*. Cheltenham, Edward Elgar.
— Hein, E. und E. Stockhammer (2011): A post-Keynesian macroeconomic model of inflation, distribution and employment. In: E. Hein und E. Stockhammer (Hrsg.): *A Modern Guide to Keynesian Macroeconomics and Economic Policies*. Cheltenham, Edward Elgar, 112–136.
— Hein, E. und A. Truger (2005): What ever happened to Germany? Is the decline of the former European key currency country caused by structural sclerosis or by macroeconomic mismanagement? *International Review of Applied Economics*, 19, 3–28.
— Hein, E. und A. Truger (2007): Germany's post-2000 stagnation in the European context – a lesson in macroeconomic mismanagement. In: P. Arestis, E. Hein und E. Le Heron (Hrsg.): *Aspects of Modern Monetary and Macroeconomic Policies*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 223–247.
— Hein, E. und A. Truger (2009): How to fight (or not to fight) a slowdown: Lessons from France, Germany, the UK and Sweden, 1996–2005. *Challenge*, 52 (2), 52–75.
— Hein, E. und A. Truger (2011): Finanzdominierter Kapitalismus in der Krise – Plädoyer für einen globalen keynesianischen New Deal. In: H. Hagemann und H. Krämer (Hrsg.): *Keynes 2.0 – Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft*. Bd. 23. Marburg, 149–182.
— Heine, M. und H. Herr (2012): *Volkswirtschaftslehre*. 4. Aufl. München.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

— Horn, G. et al. (2009): From the Financial Crisis to the World Economic Crisis. The Role of Inequality. IMK Policy Brief, October 2009. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
— Keynes, J. M. (1936): The General Theory of Employment, Interest, and Money. In: The Collected Writings of J.M. Keynes. Vol. 7. London, Macmillan 1973.
— Keynes, J. M. (1937): The General Theory of Employment. *Quarterly Journal of Economics*, 51, 209–223.
— Klär, E. und J. Slacalek (2006): Entwicklung der Sparquote in Deutschland: Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage. *DIW Wochenbericht* Nr. 40, 537–543.
— Kumhof, M., C. Lebarz, R. Ranciere, A.-W. Richter und N. A. Throckmorton (2012): *Income Inequality and Current Account Imbalances*. IMF Working Papers (12/08). International Monetary Fund, Washington, D. C.
— Lavoie, M. (2009): Taming the New Consensus: hysteresis and some other Post-Keynesian amendments. In: G. Fontana und M. Setterfield (Hrsg.) (2009): *Macroeconomics and Macroeconomic Pedagogy*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 191–213.
— Meinhardt, V., K. Rietzler und R. Zwiener (2009): Konjunktur und Rentenversicherung – gegenseitige Abhängigkeiten und mögliche Veränderungen durch diskretionäre Maßnahmen. Forschungsbericht im Auftrag Deutsche Rentenversicherung Bund, IMK Studies, 3/2009, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung.
— Musgrave, R. A. (1959): *The Theory of Public Finance. A Study in Public Economy*. New York u. a., McGraw-Hill.
— Neumark, F. (1970): *Grundsätze gerechter und ökonomisch rationaler Steuerpolitik*. Tübingen.
— OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. OECD, Paris.
— Piketty, T. und E. Saez (2003): Income inequality in the United States, 1913–1998. *The Quarterly Journal of Economics*, 143, 1–39.
— Piketty, T. und E. Saez (2006): The Evolution of top incomes: A historical and international perspective. *American Economic Review*, 96 (2), 200–205.
— Richter, W. F. und W. Wiegard (1993): Zwanzig Jahre „Neue Finanzwissenschaft", Teil I: Überblick und Theorie des Marktversagens. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 113, 169–224.
— Sapir, J. (2009): From financial crisis to turning point. How the US 'subprime crisis' turned into a world-wide one and will change the global economy. *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1, 27–44.
— Sawyer, M. (2011): Progressive approaches to budget deficits. In: T. Niechoj et al. (Hrsg.): *Stabilising an unequal economy? Public debt, financial regulation, and income distribution*. Marburg, 143–159.
— Snowdon, B. und H. Vane (2005): *Modern Macroeconomics: Its Origins, Development and Current State*. Cheltenham, Edward Elgar.
— Stockhammer, E. (2005/06): Shareholder value orientation and the investment-profit puzzle. *Journal of Post Keynesian Economics*, 28, 193–215.
— Truger, A. (1998): *Die neue Finanzwissenschaft zwischen Realitätsferne und Irrelevanz der Annahmen*. Frankfurt a. M.
— Truger, A. (2004): Rot-grüne Steuerreformen, Finanzpolitik und makroökonomische Performance – was ist schief gelaufen? In: E. Hein, A. Heise und A. Truger (Hrsg.): *Finanzpolitik in der Kontroverse*. Marburg, 169–208.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

— Truger, A. (2009): Ökonomische und soziale Kosten von Steuersenkungen. *Prokla*, 154 (1), 27–46.
— UNCTAD (2009): *The Global Economic Crisis: Systemic Failures and Multilateral Remedies*. New York und Genf, UNCTAD.
— Van Treeck, T. und S. Sturn (2012): Income inequality as a cause of the Great Recession? A survey of current debates (im Erscheinen). www.boeckler.de/pdf/p_treeck_sturn_2012.pdf.
— Van Treeck, T., E. Hein und P. Dünhaupt (2007): *Finanzsystem und wirtschaftliche Entwicklung: neuere Tendenzen in den USA und in Deutschland*. IMK Studies 5/2007. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
— Wade, R. (2009): From global imbalances to global reorganisations. *Cambridge Journal of Economics*, 33, 539–562.
— Wilkinson, R. und K. Pickett (2010): *The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone*. London u. a.
— Woodford, M. (2003): *Interest and Prices: Foundations of a Theory of Monetary Policy*. Princeton.

DOI https://doi.org/10.3790/vjh.82.1.43
Generated at 88.198.162.162 on 2025-07-25 17:22:01
FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH